

DER ROTE ADLER

Informationen von Britta Kornmesser
Landtagsabgeordnete der Stadt Brandenburg an der Havel

- September 2021 -



**Liebe Leserinnen,
liebe Leser,**

die letzten Wochen und Monate waren spannend, wie selten!

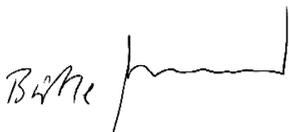
An den Wahlkampfständen, beim Plakate hängen und beim Flyer verteilen, haben wir alle gemeinsam darum gekämpft, dass die SPD bei dieser Bundestagswahl zu alter Stärke zurückfindet. Mit Olaf Scholz hatten wir einen starken Kanzlerkandidaten an unserer Seite, der die Menschen in unserem Land mit seiner klaren Haltung und seiner unaufgeregten Art von sich überzeugt hat. Nach dem amtlichen Wahlergebnis dürfen wir uns Hoffnung machen, dass er als Kanzler die nächste Regierung anführt.

Und auch hier vor Ort konnten wir uns am Wahlabend unglaublich freuen! Unsere Kandidatin Sonja Eichwede hat nach einem wahnsinnig engagierten und kämpferischen Einsatz mit 32 % der erreichten Erststimmen das Direktmandat für die SPD zurückgewonnen. Dazu möchte ich Ihr an dieser Stelle ganz herzlich gratulieren und freue mich schon auf unsere Zusammenarbeit. Ich bin ganz fest davon überzeugt, dass, wenn die Landtagsabgeordnete und die Bundestagsabgeordnete eng zusammenarbeiten, wir noch mehr für unsere Stadt erreichen können!

Aber auch neben dem Wahlkampf sind in den vergangenen Wochen viele Sachen im Landtag und in Brandenburg an der Havel passiert, über die ich Euch mit dem vorliegenden Newsletter gerne berichten möchte.

Viel Spaß beim Lesen!

Eure

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Birgitte', followed by a long, horizontal, wavy line that ends in a small vertical stroke.

Neues aus dem Landtag

Weiterführung des Digitalpakts Schule

Schon vor Corona war klar, dass viele Schulen in Deutschland bei der digitalen Ausstattung nicht da sind, wo sie eigentlich sein sollten - fehlendes WLAN, zu wenige PCs, Laptops und Tablets, Lehrer, die für den Umgang mit den neuen Technologien noch unzureichend vorbereitet waren.

Um den Ländern bei Ihrer Aufgabe, die Schulen fit für das 21. Jahrhundert zu machen, zu unterstützen, hat der Bund bereits 2019 den so genannten „DigitalPakt Schule“ aufgelegt – ein Investitionsprogramm für die digitale Ausstattung von Schulen in Höhe von fünf Milliarden Euro. Zwischen 2019 und 2024 stehen Brandenburg daraus Fördermittel im Umfang von 151 Millionen Euro zu.

Während der Corona-Pandemie hat sich schnell gezeigt, dass es allein mit WLAN an den Schulen und einigen neuen PCs in den Computerkabinetten und Klassenräumen nicht getan ist. Gebraucht wurden Geräte, die die Schüler daheim im Homeschooling nutzen konnten sowie Geräte, Software und neue Lernplattformen, mit deren Hilfe Lehrer die Schülerinnen und Schüler aus der Distanz unterrichten konnten. Darüber hinaus fehlten an den Schulen Fachkräfte, die die neue digitale Infrastruktur aufbauen und warten konnten.

Um diese Missstände zu beheben, hat der Bund noch einmal nachgelegt und drei weitere Zusatzprogramme – jeweils im Umfang von 500 Millionen Euro – auf den Weg gebracht.

Aus dem Programm „Ausstattung mobile Endgeräte“ erhielt Brandenburg 16,8 Millionen Euro, um Schülerinnen und Schülern, die zuhause keine eigenen Computer hatten, um am Fernunterricht teilzunehmen, Laptops und Tablets für den Heimgebrauch anzuschaffen. Weitere 15,1 Millionen Euro gab der Bund, um Brandenburger Lehrern die IT-Komponenten zu besorgen, die sie für ihre tägliche Arbeit benötigen. Noch einmal 15,1 Millionen Euro stehen jetzt mit der dritten Zusatzvereinbarung zum DigitalPakt zur Verfügung, um IT-Administratorinnen und –Administratoren auszubilden und einzustellen.

An dieser Stelle hapert es leider noch, denn der Fachkräftemangel ist gerade im Bereich der IT-Fachkräfte deutlich zu spüren. Unsere Schulen benötigen aber diese neuen „di-

gitalen Hausmeister“, um die Geräte mit Software zu bespielen, zu warten, für die Sicherheit der Dateninfrastruktur zu sorgen und auch um die Lehrer bei Ihrer Arbeit mit der digitalen Technik zu beraten, zu unterstützen und zu begleiten.



Förderfähig sind:

- > befristete Ausgaben für Personalkosten
- > und Ausgaben für die Qualifizierung und Weiterbildung der digitalen Hausmeister in Höhe von bis zu 10.000 Euro einmalig pro Fachkraft.



Antragsberechtigt sind:

- > Schulträger,
- > Träger von Ersatzschulen,
- > Träger von staatlich anerkannten Schulen für Gesundheitsberufe
- > sowie im Bereich regionaler Dienstleister die Kommunen und sonstige Sachaufwandsträger.



Der Zuwendungsempfänger hat einen Eigenanteil von mindestens zehn Prozent der Gesamtausgaben zu erbringen. Finanzschwache Kommunen haben keinen Eigenanteil zu erbringen.



Die zuständige Bewilligungsbegörde ist die Investitionsbank des Landes Brandenburg.



Die Antragsfrist ist der 28. Februar 2022.

Kurzum, es braucht Menschen, die dafür sorgen, dass der Tabletkoffer zu Unterrichtsbeginn einsatzfähig, die Batterie des Laptops geladen und die neue Lernsoftware bereits geupdated ist. Die digitalen Hausmeister müssen analog zu den altbekannten Hausmeistern dafür Sorge tragen, dass alle Geräte immer einsatzfähig und auf den neuesten Stand sind.

Das Geld dafür ist da, nun ist es an den Schulen und auch an den Bürgermeistern unserer Kommunen, dafür zu sorgen, dass so schnell wie möglich auch wirklich jede Schule ihren digitalen Hausmeister bekommt!

Neue Corona-Verordnung – Ampel und die 2G-Option

Zum Glück lassen sich mehr und mehr Menschen gegen Corona impfen. Leider sind die Zahlen immer noch nicht so hoch, wie nötig, um einen effektiven Herdenschutz für all diejenigen zu ermöglichen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können oder noch zu jung sind, um eine Impfung zu erhalten.

Weil deshalb immer noch Maßnahmen nötig sind, um die Zahl von Neuansteckungen so niedrig wie möglich zu halten, hat die Landesregierung in ihrer Kabinettsitzung am 15. September eine weitere Corona-Verordnung erlassen.

Anders als zuvor hat man sich jedoch jetzt dazu entschlossen, nicht mehr allein die 7-Tage-Inzidenz zum alleinigen Kriterium für Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona als Maßstab zu nehmen.

Ampel mit drei Kriterien
Neue Coronaverordnung

- > Zur Einschätzung und Bewertung der Pandemie wird in Brandenburg ein Ampelsystem eingeführt.
- > Die Indikatoren für die Beurteilung der Maßnahmen sind:

7-Tage-Hospitalisierung	7-Tage-Inzidenz	Verfügbare Intensivbetten
größer als 12	größer als 200	über 20% der Betten mit COVID belegt
7 - 12	100 - 200	10 - 20% der Betten mit COVID belegt
kleiner als 7	kleiner als 100	max. 10% der Betten mit COVID belegt

Ob die Landesregierung Einschränkungen zum Schutz der Menschen ergreifen muss, wir nun daran bemessen, wie viele Intensivbetten in den Krankenhäusern unseres Landes noch zur Verfügung stehen und wie hoch die Impfquote zum Zeitpunkt der aktuellen Infektionslage in einer bestimmten kreisfreien Stadt oder einem Landkreis ist. Damit

bleibt die 7-Tage-Inzidenz zwar relevant, ist aber nur noch eine von drei Größen, die für die Bewertung der Infektionslage herangezogen wird.

Damit hat Brandenburg jetzt wie in Berlin und anderen Bundesländern ein Ampelsystem geschaffen, um die pandemische Gefährdungslage der Bevölkerung einzuschätzen.

Der Impfstoff, der uns noch in den ersten Monaten dieses Jahres in ausreichender Menge gefehlt hat, ist mittlerweile vorhanden. Deshalb gibt es in diesen Tagen überall terminfreie Angebote, um sich Impfen zu lassen an verschiedenen Stellen der Stadt.

Unsere Stadt Brandenburg an der Havel ist in dieser Hinsicht vorbildlich, denn wir haben zurzeit mit fast 70% Zweitimpfungen die höchste Impfquote im ganzen Land. Helft alle mit, dass die Impfquote weiter steigt und mit ihr die Möglichkeiten, geschützt wieder wie früher das Leben frei von Einschränkungen genießen zu können!

Sicherer für alle und wirtschaftlicher für die Betreiber_innen

- > Das 2G-Modell wird eingeführt. Das heißt, dass Auflagen und Zutrittsbeschränkungen für Geimpfte und Genesene sowie Kinder unter 12 Jahren wegfallen können, wenn eine Veranstaltung oder eine Einrichtung dieses Modell anwendet.



Das Modell kann u.a. in folgenden Bereichen gewählt werden: Veranstaltungen, Innengastronomie, bei Beherbergung von Gästen, Diskos, Clubs und Festivals sowie Kultur- und Freizeiteinrichtungen.



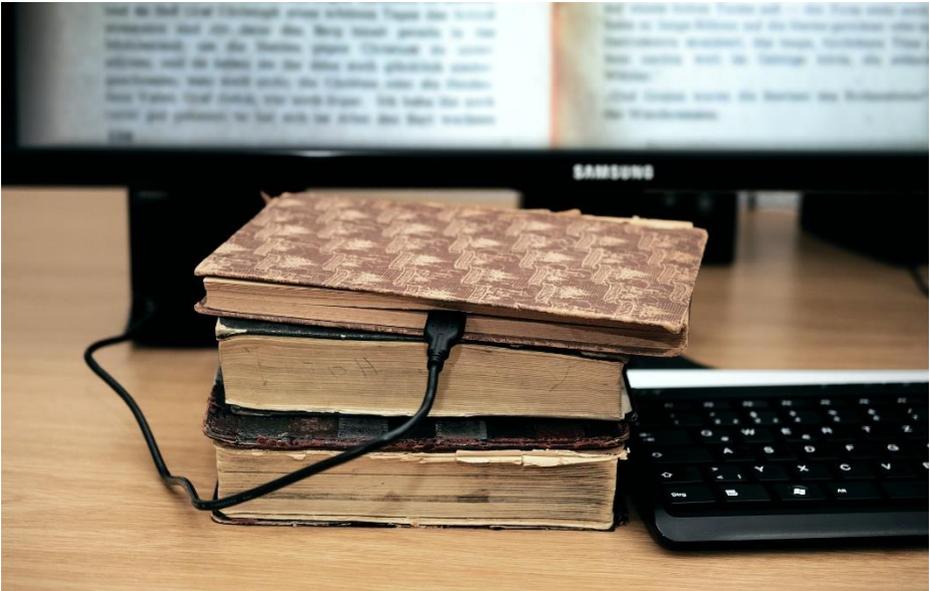
Das Modell kann nicht vom Einzelhandel, Bibliotheken, Schwimmbädern oder Gedenkstätten genutzt werden. Hier gelten weiterhin die Hygieneregeln bzw. das 3G-Modell.

In der neuen Verordnung ist auch geregelt, dass Ladeninhaber und Gastronomen jetzt die Möglichkeit haben, in ihren Geschäften das 2G-Modell umzusetzen, also ohne Auflagen ihre Dienste nur genesenen und geimpften Menschen anzubieten.

8 Millionen Euro für die Kultur

Unsere Wissenschaftsministerin Manja Schüle hat sehr dafür gekämpft, dass die Kultur, die in den vergangenen anderthalb Jahren schwer unter den pandemiebedingten Einschränkungen zu leiden hatte, jetzt wieder kräftige Starthilfe erhält.

Dafür hat die Landesregierung ein 8 Millionen Euro-Paket geschnürt, was Kultureinrichtungen dabei unterstützen soll, digitale Prozesse im Kulturbereich vorzubereiten und umzusetzen.



Ab sofort und noch bis Dezember 2022 können Anträge beim Land für eine Förderung aus diesem Programm gestellt werden. Wer und was genau gefördert werden kann, findet man auf der Seite der Investitionsbank des Landes Brandenburg (ILB) unter:

<https://kurzelinks.de/Kultureinrichtungen>

Das Ziel ist, Kultureinrichtungen bei der Digitalisierung ihrer Angebote zu unterstützen. Manja Schüle und ihr Haus werden die ILB mit fachlichen Stellungnahmen zu den Anträgen unterstützen. Die Mindestförderung beträgt 200.000 Euro, die maximale Fördersumme 1,5 Millionen Euro.

Reden im Landtag

Stromkosten eindämmen – technologieoffene Ausschreibungen für erneuerbare Energien

Stromkosten eindämmen - das hört sich erstmal gut an! Der Antrag der Freien Wähler zu diesem Thema am 27. August im Landtagsplenum war allerdings eine Mogelpackung!

Hinter der Idee, Solarparks und Windanlagen an Land demnächst in "gemeinsamen Ausschreibungen" gegeneinander antreten zu lassen, stand am Ende doch nur wieder der Versuch, den weiteren Windkraftausbau in Deutschland zu verhindern. Es gab dazu ein Pilotprojekt, das gezeigt hat, dass bei "gemeinsamen Ausschreibungen" unter den derzeitigen Bedingungen nur Solar bezuschlagt wird. Keine einzige Windkraftanlage kam zum Zug!



Wir brauchen aber einen gesunden Mix aus ALLEN erneuerbaren Energieformen, um die Energiewende zu schaffen! Das bestätigte mir die Bundesnetzagentur, die ich zu diesem Thema angeschrieben habe. Ihre Antwort war klar und deutlich - "gemeinsame Ausschreibungen" sind nicht der Weg in eine erneuerbare Zukunft. Also lehnten wir den Antrag der Freien Wähler ganz klar ab.

Eine Ortsumgehung für Bernau

Die Stadtverordneten von Bernau haben sich am 25.03.2021 in ihrer Sitzung für den Bau einer weiträumigen Ortsumgehung ausgesprochen. Die Freien Wähler nahmen das zum Anlass, vom Land eine dem entsprechende Änderung des Landesstraßenbedarfsplanes einzufordern.

Als Grund dafür gaben sie an, dass Bernau wächst. Und zwar soll die Stadt Bernau in den kommenden Jahren deutlich stärker wachsen, als in den Prognosen des Landes bisher veranschlagt.

Das führt vor Ort zu „Wachstumsschmerzen“, wie sie derzeit viele Kommunen in unserem Land spüren. Wir kennen das ja auch aus unserer eigenen Stadt nur zu gut.

Es ist deshalb verständlich, dass sich der Bürgerfrust über wachsende Staus in der Innenstadt auch in den Sitzungen von Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen niederschlägt.

Wenn wir allerdings im Landtag jeden einzelnen Fall zum Anlass nehmen würden, um den Landesstraßenbedarfsplan zu ändern, dann bräuchten wir solche Pläne in Zukunft gar nicht mehr erstellen. Dann regiert das Prinzip: Wer am lautesten schreit bekommt etwas.

Als Landespolitiker muss es unser Anspruch sein, auf eine verhältnismäßige und faire Entwicklung ALLER Landesteile, Städte und Gemeinden zu achten. Auf dieser Grundlage erarbeiten wir Konzepte, die nachhaltige und langfristige Wirkungen entfalten sollen.

Unsere Vorgänger haben 2010 den Landesstraßenbedarfsplan erstellt und beschlossen und dieser sieht auch eine Ortsumgehung für die Stadt Bernau vor.

Dass diese jetzt etwas kürzer ausfallen soll, als in der ursprünglichen Planung vorgesehen, liegt allein daran, dass die Stadt Bernau in Eigenregie beschlossen hat, eine zusätzliche Netzergänzung zu schaffen. Von den 5 Millionen Euro, die hierfür geflossen sind, waren 2 Millionen Euro Fördermittel des Landes. Die neue Ladestraße wurde letzten Monat eröffnet und trägt schon jetzt dazu bei, den innerstädtischen Verkehr in Bernau zu entlasten.

Wie genau am Ende der Verlauf der neuen Ortsumgehung aussehen soll, wird derzeit noch vom zuständigen Verkehrsministerium geprüft. Das Ergebnis soll 2022 vorliegen.

Warum die Freien Wähler dieses Ergebnis mit ihrem Antrag bereits vorweg nehmen wollten, ließ sich daher nicht nachvollziehen. Daher lehnten wir diesen Antrag ab.

Aus dem Wahlkreis

Unternehmerstammtisch in Kirchmöser

Auf Einladung des Ortsvorstehers und SPD-Fraktionsmitglieds Carsten Eichmüller fand am 09. September ein Unternehmerstammtisch in Kirchmöser statt.

Etwa 25 Gewerbetreibende und Bürger nahmen daran teil, um mit der Politik ins Gespräch zu kommen. Ein Thema, das ich für mich mitnehme, sind Schwerlasttransporte. Die Bauteile für Windräder, die in Kirchmöser gefertigt werden, haben immer mehr bürokratische Hürden zu überwinden, um an ihren Zielort geliefert zu werden.



Die Landespolizei gibt an, dass ihre personelle Lage derzeit so angespannt ist, dass sie es nicht mehr schaffen, die Schwerlasttransporte mit den Rotorflügeln der Windenergieanlagen zu begleiten. Die Unternehmen sollen das jetzt privat organisieren. Die Kosten dafür steigen allerdings auf das Sechsfache!

Dieses Problem betrifft nicht nur unseren eigenen Wirtschaftsstandort in Kirchmöser, sondern verschiedene Unternehmen im ganzen Land. Zum Beispiel hat der dänische Windradhersteller Vestas gerade angekündigt, seinen Standort in Lauchhammer mit insgesamt

460 Mitarbeitern zu schließen, gerade auch mit Verweis auf die hohen Transportkosten.

Weil mir nicht einleuchten will, warum die Begleitung durch geschultes Polizeipersonal in anderen Bundesländern geht und bei uns nicht, habe ich mich an den Brandenburgischen Innenminister Michael Stübgen gewandt, um die Rechtslage hier zu erfragen und Kompromisslinien auszuloten. Auf seine Antwort bin ich gespannt! Ich bleibe auf jeden Fall an dem Thema dran.

Weitere Themen, die im Rahmen des Unternehmerstammtisches angesprochen wurden, waren der schlechte Zustand des Bahnhofs Kirchmöser, die mögliche Wohnbebauung im Viertel, der Stadtteilbus, die Situation der öffentlichen Strände, fehlende Hortkapazitäten und viele andere.

Verleihung des Brandenburger Freiheitspreises im Dom



Am 02. September durfte ich im Dom St. Peter und Paul einer besonderen Gelegenheit beiwohnen. Beatrix Spreng wurde hier feierlich der Brandenburger Freiheitspreis verliehen – eine Auszeichnung für Menschen, die sich um die Freiheit und die Demokratie in unserem Land in besonderer Weise verdient gemacht haben.

Beatrix Spreng übernahm im April 1994 eine neue Pfarrstelle in der evangelischen Gemeinde Joachimsthal. Schnell merkte sie, dass es in der Stadt ein Problem mit Rechtsextremismus gab. Viele Jugendliche fühlten sich von der rechten Szene angesprochen und drohten selbst ins „rechte Milieu“ abzurutschen.

Sie stellte sich dieser Entwicklung entschlossen entgegen, indem sie Jugendarbeit leistete, Konzerte organisierte, als Notfallseelsorgerin auch die Familien Rechtsextremer betreute und so durch ihr Engagement und ihr mutiges Auftreten den Jugendlichen Kraft, Halt und Orientierung gab.



Das Foto zeigt Beatrix Spreng mit Ministerpräsident Woidke und Landtagspräsidentin Liedtke

Mit ihrer Hilfe kehrte die Zivilcourage in den Ort zurück. Mit ihrem beherzten Auftreten leistete sie so einen großen Beitrag dafür, dass sich die rechte Szene nicht, wie in vielen anderen Orten zu dieser Zeit, fest etablieren konnte.

Dafür verlieh ihr Ministerpräsident Dietmar Woidke im Beisein vieler ehrwürdiger und hochrangiger Gäste den Brandenburger Freiheitspreis. Die Laudatio hielt Elke Bündenbender – die Frau unseres Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier.

Erweiterung des Beetzsee-Havel-Radwegs bei Saaringen

"Bei keiner anderen Erfindung ist das Nützliche mit dem Angenehmen so innig verbunden, wie beim Fahrrad." Adam Opel



Alle Brandenburger Freizeit-, Hobby- und Profiradler können sich freuen!

Am 21. September erfolgte der erste Spatenstich für den neuen Abschnitt des Beetzsee-Havel-Radwegs. Mit Fördermitteln in Höhe von 550.000 Euro von Bund und Land soll so die Lücke zwischen den bestehenden Radwegen von Klein Kreuz bis Weseram geschlossen werden. Der knapp 2 km lange Teilabschnitt bei Saaringen wird in den nächsten zwei Monaten von der Firma Matthäi gebaut und macht das Radeln zwischen unseren Ortsteilen noch sicherer, attraktiver und fahrradfreundlicher.

Zusammen mit meinem Mitarbeiter Thomas Bachmann nahm ich an der Zeremonie des ersten Spatenstichs teil und unterhielt mich im Anschluss daran angeregt mit den Mitarbeitern der bauausführenden Firma, den anwesenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung und Oberbürgermeister Steffen Scheller.

Nicht nur als Brandenburgerin und als Landtagsabgeordnete, sondern auch ganz persönlich, liegt mir das Thema Fahrrad fahren und sichere Radwege sehr am Herzen. Als fachlich zuständige SPD-Abgeordnete bleibe ich hier am Ball, damit unser Land und unsere Stadt noch fahrradfreundlicher werden!

Begegnungszentrum St. Bernhard auf dem Quenz eröffnet

Nach mehr als einjähriger Bauzeit wurde am 25.09.2021 das St. Bernhard-Begegnungszentrum auf dem Quenz feierlich eröffnet.

Pfarrer Hans-Martin Richter hat sich vorgenommen, hier einen spannenden Anlaufpunkt für Jung und Alt, für Groß und Klein und für jeden und jede, die Lust auf Gemeinde und Gemeinschaft hat, zu schaffen.



Dafür wünsche ich ihm von Herzen Glück, und hoffe, dass hier künftig viele Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen und ganz verschiedenen Lebenssituationen einen Platz finden, an dem sie sich miteinander austauschen und ins Gespräch kommen können, an dem sie gemeinsam beten und Gottesdienst feiern, aber auch zusammen lachen, essen und ihre Kinder gemeinsam auf dem Spielplatz spielen.

Es wäre schön, wenn das Begegnungszentrum bald zu einem festen Bestandteil des Lebens auf dem Quenz wird.

Débat.

À quelle date l'Allemagne sortira-t-elle du charbon ?

L'année 2038 a été fixée comme date de sortie

Britta Kornmesser

Élue sociale-démocrate (SPD) au Parlement du Brandebourg et porte-parole sur les questions énergétiques

Je suis favorable au maintien des accords passés sur la sortie du charbon. Les négociations au sein de la commission Croissance, changement structurel et emploi ont été difficiles. Tous les acteurs impliqués – représentants de la politique, de l'industrie énergétique, des associations environnementales, des syndicats et des régions concernées – se sont mis d'accord sur la manière et le moment de sortir du charbon. Ils ont déterminé des lignes directrices, des étapes intermédiaires et ont fixé l'année 2038 comme date de sortie. Cette décision donne à tous une sécurité en termes de planification. Le secteur économique,

les habitants de la Lusace et des autres régions touchées, peuvent s'adapter aux développements à venir. Les accords conclus ont une base juridique avec, entre autres, la loi sur la sortie du charbon et un contrat de droit public avec les exploitants des centrales électriques.

La politique doit ainsi agir de manière fiable. Il n'est pas normal de remettre en cause des accords conclus ! Le texte stipule que la production d'électricité issue du charbon sera progressivement supprimée, au plus tard en 2038. Mais bien sûr, il est important d'avancer rapidement dans le développement des énergies renouvelables, car la sécurité de l'approvisionnement en énergie de l'Allemagne doit être garantie. S'il peut être assuré avant 2038 de manière sûre et fiable avec les seules énergies renouvelables, alors nous pourrions éventuellement penser à une élimination anticipée du charbon.

Recueilli par Delphine Nerbollier

Die französische Tageszeitung „La Croix“ bat mich darum, für ihre Leserinnen und Leser in Frankreich meine Position zur Forderung der Grünen und verschiedener Umweltverbände, bereits vor 2038 aus der Kohleförderung und –verstromung auszusteigen, darzulegen. Das tat ich gerne.

Für alle, deren Französisch nicht so gut ist, hier noch einmal der Text auf Deutsch:

„Ich bin dafür, dass die getroffenen Vereinbarungen zum Kohleausstieg eingehalten werden. Es waren harte Verhandlungen, die innerhalb der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ geführt wurden. Im Ergebnis haben sich hier alle Beteiligten – Vertreter der Politik, der Energiewirtschaft, von Umweltverbänden, Gewerkschaften sowie betroffenen Ländern und Regionen - auf einen Weg geeinigt, wie und bis wann der Ausstieg aus der Kohle gelingen kann. Gemeinsam beschloss man klare Vorgaben und Zwischenschritte und legte das Jahr 2038 als Ausstiegsdatum fest. Dieser Beschluss gibt allen Beteiligten Planungssicherheit und macht den bevorstehenden Strukturwandel berechenbar. Damit können sich die Wirtschaft, die Menschen in der Lausitz und den anderen betroffenen Regionen auf die vor ihnen liegenden Entwicklungen einstellen.“

Die gemeinsam getroffenen Vereinbarungen wurden inzwischen in entsprechende gesetzliche Grundlagen und Verträge gefasst - das Kohleausstiegsgesetz, das Strukturstärkungsgesetz und einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit den Betreibern der Kohlekraftwerke.

Die Politik muss nun verlässlich agieren. Es ist daher nicht in Ordnung, die getroffenen Vereinbarungen schon wieder in Frage zu stellen! In der Vereinbarung steht, dass der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis spätestens 2038 erfolgen soll. Jetzt gilt es den Zubau von erneuerbaren Energien zügig voran zu bringen, denn die Versorgungssicherheit in Deutschland mit Energie muss stetig und dauerhaft gewährleistet sein. Wenn in der weiteren Entwicklung absehbar ist, dass Deutschland seine Stromversorgung schon vor 2038 sicher und zuverlässig mit erneuerbaren Energien absichern kann, dann kann man eventuell über einem früheren Ausstieg aus der Kohle nachdenken.“

Tagesspiegel Background

Regelmäßig stellt der Tagesspiegel in seinen Sonderbeiträgen zu Verkehr, Wirtschaft oder Energie Personen aus der Politik vor. In der Tagesspiegel Background-Ausgabe vom 03.09. war ich dran. Das Interview ist zu lang, um es an dieser Stelle wiederzugeben. Wer es gerne in voller Länge lesen möchte, kann sich aber gerne bei mir melden.

Zum Schluss...

Mein erster Praktikant als Landtagsabgeordnete

Vom 06. bis zum 17. September schaute mir Feliks Lipkin vom Saldern-Gymnasium als Praktikant bei meinen Aufgaben als Landtagsabgeordnete über die Schulter.

Er nahm mit mir an Bürgergesprächen teil, begleitete mich zu Wahlkreisterminen, war mit im Landtag, als dort Ausschusssitzungen stattfanden, übernahm Aufgaben im Büro und half mir sogar bei der Erarbeitung der Grundlagen für meine nächste Rede im Plenum.

Ein besonderes Highlight seines Praktikums war die gemeinsame Teilnahme am DOSB-Sportabzeichentag im Stadion am Quenz. Gemeinsam liefen, sprangen und warfen wir, um am Ende beide das Deutsche Sportabzeichen zu erhalten – ganz gemäß dem Motto der Veranstaltung: „Nimm die Herausforderung an!“



Hier sind Feliks und ich im Gespräch mit dem Brandenburger Extremsportler Sebastian „Satu“ Kopke, der ebenfalls am Sportabzeichentag teilnahm

Es hat mir großen Spaß gemacht, Feliks einen Einblick in meine Arbeit als Abgeordnete zu geben. Für seinen weiteren Weg wünsche ich ihm alles Gute! Gleichzeitig würde ich mich freuen, wenn sich auch andere junge Menschen für ein Praktikum in meinem Büro entscheiden. Wenn Euch das interessiert, dann bewirbt Euch gerne!

Impressum

Britta Kornmesser, MdL
Landtag Brandenburg
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Bildnachweise

Britta Kornmesser, MdL
Thomas Bachmann
Hans-Martin Richter
Rüdiger Böhme
SPD-Landtagsfraktion
La Croix
Pixabay

Redaktion und Gestaltung

Thomas Bachmann

Kontakt

Landtagsbüro Potsdam

Telefon: 0331 / 966-1344
britta.kornmesser@
spd-fraktion.brandenburg.de

Wahlkreisbüro Brandenburg/H.

Bäckerstraße 39
14770 Brandenburg an der Havel
Telefon: 03381 / 30 21 05

Weitere Informationen

www.brittakornmesser.de
Facebook: @KornmesserBritta